

# Misereor-Jahresbilanzpressekonferenz

---

Berlin, 23. August 2022

Statement Prälat Dr. Karl Jüsten

Vorsitzender

Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V.

**S P E R R F R I S T: Dienstag, 23. August 2022, 9.30 Uhr**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vorsitzender der katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., kurz KZE, deren Arbeit von Misereor getragen wird, möchte ich mich zuallererst herzlich beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für inzwischen 60 Jahre fortgesetztes Vertrauen in unsere Tätigkeit zugunsten notleidender und benachteiligter Menschen im globalen Süden bedanken. Wir haben dieses Jahr im Mai das 60. Jubiläum zum Anlass genommen, nicht nur Rückschau zu halten, sondern auch die anhaltenden entwicklungspolitischen Herausforderungen zu betrachten und als Ansporn für die kontinuierliche Weiterführung dieser Zusammenarbeit zu sehen.

Im Jahr 2021 verzeichnete die KZE 170.304.335 Euro an Einnahmen aus dem Bundeshaushalt, inklusive der Mittel für den Freiwilligendienst „Weltwärts“ der katholischen Entsendeorganisationen in Deutschland. Insgesamt konnten im vergangenen Jahr 542 Projekte mit insgesamt 207 Millionen Euro aus Mitteln des BMZ für neue Projekte bewilligt werden. Zu beachten ist hierbei, dass in dieser Summe auch knapp 5,8 Millionen Euro für Projekte in Partnerländern unseres Schwesterhilfswerkes Renovabis in Südosteuropa enthalten sind.

Seit diesem Jahr ist die Partnerschaft mit der Ukraine über die Kooperation mit Renovabis besonders hoch einzuschätzen, um über diesen Weg die dortigen Menschen in ihrer Not zu unterstützen. Wir sehen aktuell, welche globalen Auswirkungen der regionale Konflikt in der Ukraine erreicht. Pfarrer Spiegel hat darauf ja auch schon hingewiesen. Wir sehen gleichzeitig, dass unsere bisherigen Positionen zum Rüstungsexport in Krisenregionen ins Wanken geraten. In einer Situation der berechtigten Selbstverteidigung brauchen die Ukrainer und Ukrainerinnen unseren Beistand.

Dennoch bleibt Folgendes festzuhalten: Wir brauchen weiterhin einen sehr kritischen Blick auf Waffen-Exporte in Krisenregionen wie Nordafrika, die arabische Halbinsel und weitere Regionen dieser Welt. Wenn ich in der gegenwärtigen Lage auf die zukünftigen Haushalte der Bundesregierung schaue, mache ich mir große Sorgen, dass die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit durch krisenbedingte Kurzfristigkeiten in den Hintergrund gerät. Das ist kontraproduktiv, da die vielen Konflikte weltweit nicht weniger, sondern immer zahlreicher werden, auch wenn in Medien seltener über sie berichtet wird und sie damit der Aufmerksamkeit breiter Bevölkerungskreise weitgehend entzogen werden. Ich denke hierbei an Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo, in Myanmar, in Syrien, Äthiopien, Kamerun und in Venezuela, um nur einige Beispiele zu nennen. Die gegenwärtige Weltlage ermutigt autokratische Regimes und Warlords, ihr Unwesen weiterzutreiben - mit unabsehbaren dramatischen Folgen für deren Gesellschaften. Größere Migrationsbewegungen und eine Zunahme der Armut werden daraus folgen.

Eine Kürzung von entwicklungspolitischen Ausgaben, mit denen Menschen Perspektiven geboten und

Aktionen von zivilgesellschaftlichen Akteuren gefördert werden, verlagert Krisenbewältigung in die Zukunft und ist verantwortungslos.

Deswegen brauchen wir ein starkes Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, um die nachhaltigen Wirkungen bei der Förderung von Entwicklung, Frieden und Klimagerechtigkeit in der deutschen Gesellschaft aufzuzeigen und den vorherrschenden eurozentristischen Blick zugunsten einer global gerechten Welt zu weiten.

Wichtig ist mir bei alledem, dass in der gegenwärtigen Phase der von Bundeskanzler Olaf Scholz Ende Februar ausgerufenen „Zeitenwende“ und der damit verbundenen massiven Erhöhung von Rüstungsausgaben nicht alleine militärische Logiken die Politik dominieren dürfen. Aus den Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit bei Misereor wissen wir seit Jahrzehnten, dass zivilgesellschaftliches Engagement für die Etablierung eines dauerhaften Friedens unverzichtbar ist. Entsprechende Organisationen und Initiativen müssen ernster genommen und deutlich umfangreicher als bisher finanziell unterstützt werden. Deshalb fordern wir, einen Teil des im Zuge der Ukraine-Krise bereitgestellten Sondervermögens neben der Bundeswehr auch in zivile Konfliktbewältigung und Prävention zu investieren. Hierzu gibt es diverse Vorschläge, von Friedens-Attachés in jeder deutschen Botschaft über „Kompetenzzentren Zivile Krisenprävention und Ziviles Krisenmanagement“ bis zur Fortbildung der Bevölkerung in sozialer Verteidigung und gewaltlosen Formen zivilen Widerstands.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!